



Lokales

"Untaugliche Scharmützel"

Debatte um Flüchtlinge: SPD-Abgeordnete warnen

Kreis Minden-Lübbecke (nw). "Was wir in der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen nicht brauchen, sind untaugliche parteipolitische Scharmützel." Damit reagieren die heimischen Landtagsabgeordneten Inge Howe und Ernst-Wilhelm Rahe sowie der Bundestagsabgeordnete Achim Post auf Hinweise "vieler CDU-Landtagsabgeordneter, die den Eindruck erwecken wollen, dass Land würde die Mittel des Bundes nicht an die Kommunen weiterleiten".

Fest stehe: der Bund werde 500 Millionen Euro in diesem Jahr zur Verfügung stellen, die Hälfte der Mittel werde den Ländern als langfristiges Darlehen gewährt. Voraussichtlich gelte dies auch für 2016. In NRW kämen davon 108 Millionen Euro beim Land an. Der Bundesanteil - 54 Millionen - gehe ungeschmälert an die Kommunen, weitere 91 Millionen Euro, also die zweite Hälfte in Form des Bundesdarlehns, sowie weitere 37 Millionen Euro würden vom Land für unterschiedliche Maßnahmen eingesetzt, die auch den Kommunen zugutekommen.

Die Landespauschale für die Kommunen werde um 40 Millionen Euro aufgestockt, von bisher 143 auf 183 Millionen Euro. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Einzelmaßnahmen, die den kommunalen Aufgaben zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen helfen.

Angefangen von einer Erhöhung der Plätze in Landeseinrichtungen auf 10.000 über einen Härtefall für Krankheitskosten, 300 zusätzliche Lehrerstellen, Unterstützung bei sozialer Beratung, besseren Impfangeboten und einer Reihe weiterer Einzelmaßnahmen helfe das Land mit weiteren 37 Millionen Euro.

Abschließend stellen Howe, Rahe und Post fest: "Bereits jetzt helfen Bund und Land. Die Anstrengungen müssen allerdings weiter verstärkt werden."